

„Es geht um die Erhaltung einer unabhängigen Schweiz“

Nachgefragt Christoph Blocher will in der Kleinen Kammer Erfahrung einbringen.

Warum sollen Sie in den Ständerat gewählt werden?

Weil es in den kommenden wirtschaftlich schwierigen Zeiten in Bern Personen mit entsprechender Erfahrung und Kompetenz braucht. Gerade für den Kanton Zürich als dem wirtschaftsstärksten Kanton wäre das von Vorteil.

Müssten Sie als bald 71-Jähriger nicht etwas kürzer treten?

Das hoffe ich schon lange, aber in der gegenwärtigen Situation braucht es alle Kräfte, junge und ältere, sofern sie die Kraft haben. Neben jugendlichem Elan ist auch Erfahrung gefragt: Es geht um die Erhaltung einer unabhängigen Schweiz bei Druck aus dem Ausland, da ist Erfahrung besonders wichtig.

Brennt das Thema Einwanderung den Menschen in der Schweiz wirklich an erster Stelle auf den Nägeln? Ist es nicht eher die wirtschaftliche Unsicherheit?

Die wirtschaftliche Unsicherheit erhöht die Problematik der unkontrollierten Einwanderung. Die Misswirtschaft in Ländern der EU und Amerika wird uns wirtschaftlich treffen, und die unkontrollierte Einwanderung trifft die Sicherheit der Arbeitsplätze und verschärft das Problem für die Sozialwerke. Wegen der Bestimmungen der Personenfreizügigkeit bleiben auch die erst vor kurzem eingewanderten Ausländer hier. Das ist schlecht für die Schweizer Arbeitnehmer und schlecht für die Sozialversicherungen. Dazu kommt, dass die mit dem Schengener Abkommen ausgehandelten Bestimmungen nicht greifen, wir haben viel zu viele Sanspapiers in der Schweiz, und die über ein anderes Land eingereisten Asylbewerber können nicht zurückgeschickt werden. Was wir befürworten, ist eine kontrollierte Einwanderung. Die Schweiz soll die Bedingungen festlegen, nicht die EU.

Die Wirtschaft kriselt. Welche Medizin hat der Industrielle Blocher dagegen?

Die Unternehmer müssen ihre Unternehmen so ausrichten, dass sie trotz des starken Frankens konkurrenzfähig sind. So müssen sie die Kosten zurücknehmen. Aber auch der Staat ist gefordert: Lasten, die den Unternehmen aufgebürdet worden sind, sind abzubauen, das heisst etwa Gebühren und Abgaben reduzieren.

Es hat Irritationen ausgelöst, dass Sie den Chef der Nationalbank zunächst arg gescholten haben, als er Stützungskäufe vornahm, und jetzt loben Sie sein Vorgehen.

Dass Herr Hildebrand Anfang 2010 bei einem Eurokurs von ca. CHF 1.40 für 140 Milliarden Euro kaufte und prompt 60 Milliarden Volksvermögen in den Sand setzte, ist unverantwortlich. Wer steht für diese Dummheit gerade? Das Eingreifen jetzt, ein Jahr später, bei einem katastrophalen Eurokurs von CHF 1.-- ist zwar nicht gut, aber vielleicht die am wenigsten schlechte Lösung. Das tadle ich nicht. Auch wenn die Details die Nationalbank verantwortet.

Wie halten Sie es mit dem Atomausstieg? Es könnten ja auch Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn man in die Energieeffizienz und die Atomstromsubstitution investiert.

Wenn der Staat einfach Geld verteilt, um Arbeitsplätze in der Forschung und Entwicklung zu subventionieren, bringt das nichts. Es sind unfruchtbare Arbeitsplätze. Ich bin nicht verheiratet mit der Kernenergie, aber solange nicht eine günstige und ausreichende Alternative zur Verfügung steht, kann man die Atomkraftwerke nicht einfach abstellen. Das wäre kopflos. (abr.)